

Forderung nach Entschädigungsfonds

Radikalenerlass: Brief des Ministerpräsidenten stößt auf ein geteiltes Echo

BT 20/01/23

Von Brigitte J. Henke-Waidhofer

Stuttgart – Auf geteiltes Echo stößt Winfried Kretschmanns Brief an vom Radikalenerlass Betroffene. Darin drückt er als Ministerpräsident sein Bedauern aus über die Folgen der zwischen 1973 und 1991 in Baden-Württemberg geübten Überprüfungspraxis durch den Verfassungsschutz.

Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz nennt „die ausgestreckte Hand eine wichtige

Geste der Versöhnung“ und liest aus dem fünfseitigen Text eine Entschuldigung heraus.

Der Rechtsexperte der SPD-Landtagsfraktion Boris Weirauch nennt das Bedauern hingegen „nur einen weiteren Schritt“ der Aufarbeitung. Und er erinnert daran, dass seine Fraktion in den Beratungen des Doppelhaushalts 2023/2024 einen Antrag auf Einrichtung eines Entschädigungsfonds gestellt hat, der von Grünen und CDU allerdings abge-

lehnt worden sei.

Kretschmann hat in seinem Schreiben, das inzwischen online auf der Seite des Staatsministeriums öffentlich zugänglich ist, Zahlen genannt: Bei 700.000 Anfragen gab es in 0,3 Prozent der Fälle „irgendwelche Erkenntnisse“, außerdem rund 200 Ablehnungen von Bewerbungen und rund 60 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst.

DGB-Landeschef Kai Burmeister spricht von einer „ein-

deutigen Faktenlage“. Angesichts des von baden-württembergischen Behörden begangenen Unrechts sei der Brief zwar ein Signal, aber „inhaltlich mehr als enttäuschend“. Burmeister wiederholt, auch für Verdi und die GEW, schon seit Jahren erhobene Forderungen: „Wir erwarten eine Entschuldigung bei den Kolleginnen und Kollegen, deren angestrebter Berufsweg durch den Radikalenerlass verhindert worden ist, und wir erwarten

eine Entschädigung für diejenigen, die durch die Berufsverbote herbe materielle Einbußen erlitten haben.“

Das Land müsse einen eigenen Fonds auflegen. Die letzte Entscheidung darüber ist noch nicht gefallen. Denn auch Betroffene, vor allem organisiert in der Initiative „40 Jahre Radikalenerlass“, wollen beim persönlichen Treffen auf Einladung des Ministerpräsidenten am 8. Februar – unter anderem – Entschädigungen verlangen.